

Weshalb Geschenke keine gute Wahl sind

Die Gemeinden versuchen, die Beteiligung an Gemeindeversammlungen zu erhöhen – mit Geschenken gelingt dies nicht, mit Apéros eher.

Thomas Wehrli

Auch wenn die Emotionen hochgehen und der Saal kocht: Die Gemeindeversammlungen laufen in aller Regel gesittet ab. Das war nicht immer so, bisweilen setzte es auch schon mal eine Prügelei ab.

Legendär ist die «Prügel-landsgemeinde» von 1838 in Schwyz. Bereits bei der Wahl der Stimmentzähler gerieten sich die Teilnehmer ein erstes Mal in die Haare. Glück hat also, wer heute Stimmentzählerin oder -zähler an der «Gmeind» ist. Denn das grösste Ungemach in unseren Tagen ist es, sich zu verzählen – und dafür setzt es keine Prügel ab.

Aber es setzt immer wieder Diskussionen ab, ob die Gemeindeversammlung heute noch ein taugliches Mittel für eine demokratische Entscheidungsfindung ist oder ob sie Schnee von gestern ist.

Als «Klimaforscherin» betätigt sich seit 2009 das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA). Es untersucht wissenschaftlich, wer wie oft an die «Gmeind» geht (oder eben nicht) und wie man die Einschaltquote, die in den meisten Gemeinden im ein- oder niedrigen zweistelligen Bereich dümpelt, erhöhen kann.

Apéros funktionieren, Geschenke nicht

So viel vorweg: Geschenke zu verteilen, wie es einige Gemeinden tun, ist kein gutes Rezept. Denn: «Geschenke wirken sich sogar negativ auf die Beteiligung aus», sagte ZDA-Direktor Daniel Kübler am Donnerstag am Gemeindeforum. Ein Grund dürfte sein, dass die Stimmberechtigten so das Gefühl haben, man wolle sie kaufen.

Anderes sieht es bei einem Apéro nach der Versammlung aus. Dies hat sogar einen leicht positiven Effekt auf die Motivation teilzunehmen. Dass es eine Motivationspritze dringend



Meist ein Wunschdenken: So viele Stimmberechtigte wie hier in Möhlin finden selten den Weg an eine Gemeindeversammlung. Bild: Archiv

brauchen könnte, zeigt ein Blick auf die Zahlen: Die durchschnittliche Beteiligung im Kanton Aargau lag in den vier Jahren (2013–2016), die das ZDA untersuchte, bei gerade einmal neun Prozent. Das heisst: Der grösste Teil lässt sich «vertreten».

Wenn die «Turnhallen-Demokratie» tagt

Nur eben: Während ein Parlament gewählt ist und die Stimmberechtigten recht repräsentativ vertritt, ist dies bei den Gemeindeversammlungen nicht der Fall. Es gehen vor allem ältere Semester hin – das Durchschnittsalter derer, die fast immer teilnehmen, liegt bei 59 Jahren – und es gehen Leute hin, die von einem Geschäft betroffen sind. Nicht umsonst spricht man auch von der «Turnverein-Demokratie».

Geturnt wird dabei in den Gemeinden unterschiedlich. Als Faustregel gilt: Kleine Gemeinden auf dem Land haben eine höhere Zahl Mittturner als grössere Gemeinden. Das Spektrum der durchschnittlichen Beteiligung reicht dabei von 2,3 bis 28,2 Prozent.

Dabei wird die Rechnungsgemeindeversammlung im Sommer deutlich weniger gut besucht als die Budget-«Gmeind». Denn bei Letzterer lässt sich mitbestimmen, wofür das Geld ausgegeben wird – bei der Rechnungs-«Gmeind» ist das Geld schon weg.

Ob man hinget, hängt auch von Gemeindefaktoren ab. Die Forscher haben festgestellt, dass sich beispielsweise eine florierende Wirtschaft im Dorf negativ auf Beteiligungsquote auswirkt.

Die Beteiligung hängt zugleich von den Geschäften ab. Spitzenwerte werden bei Fusionen erreicht, aber auch eine Steuerfusserhöhung oder eine Einzonerung wie jüngst in Magden locken viele in den Saal. Eine gute Einschaltquote versprechen zudem Versammlungen, in denen es um Parkplätze geht. Kurz: Je höher die Betroffenheit, desto höher die Beteiligung.

Diskutiert wird an den Versammlungen indes eher wenig. 68,8 Prozent der Geschäfte passieren ohne eine einzige Wortmeldung, 92,1 Prozent mit weniger als fünf Wortmeldungen. Nur in 2,5 Prozent der Geschäfte wird ein Rückweisanspruch gestellt, 98 Prozent werden in der Schlussabstimmung angenommen. Kübler dazu: «Wenn nicht diskutiert wird, heisst das, dass der Ge-

meinderat gut antizipieren kann, was die Gemeinde will.»

Doch wer nimmt teil? Dieser Frage spürten die ZDA-Forscher im Kanton Glarus mit einer repräsentativen Befragung nach. 13 Prozent gaben an, (fast) immer teilzunehmen, rund 40 Prozent manchmal – und der grosse Rest geht gar nie.

Dass in der Befragung deutlich mehr Personen angegeben haben, (fast) immer zu gehen, als effektiv gehen, führt Kübler auf den Effekt der «sozialen Erwartbarkeit der Antwort» zurück.

Männer ab dem mittleren Alter nehmen teil

Erwartbar fällt auch das Profil der Teilnehmenden aus: An die «Gmeind» gehen vor allem Männer ab dem mittleren Alter. Viele von ihnen haben Wohn-

eigentum, leben seit langem im Dorf und haben Interesse an der Dorfpolitik. Wer Kinder hat, nimmt dagegen eher weniger teil.

Abgefragt haben die Forscher auch Gegensatzpaare. So sagen jene, die nie teilnehmen, dass sie nicht gerne vor anderen reden. Jene dagegen, die oft oder immer hingehen, haben damit kein Problem. Einig sind sich dagegen alle darin, dass die «Gmeind» ein Gefühl von Gemeinschaft schafft.

Einig sind sich die Befragten auch in einem anderen Punkt: Die Versammlungen sind tendenziell zu lang. Auch das erstaunt nicht – und dürfte ein Grund sein, der einen Teil davon abhält hinzugehen.

Diskussionen sind gut für die Beteiligung

Positiv auf die Motivation teilzunehmen, wirkt sich aus, wenn Familienangehörige oder Freunde mitgehen – und wenn zu erwarten ist, dass auch heftig diskutiert wird, man sich am Schluss aber findet. Wenn die Post also im Saal abgeht – und man danach trotzdem miteinander ein Bier trinken kann.

Ein Patentrezept, wie die Gemeinde die Einschaltquote erhöhen kann, konnte Kübler den Gemeindevertreterinnen und -vertretern nicht geben. Seine Empfehlung:

«Diskussionen sollen ermöglicht werden, aber Konfliktsituationen sind zu vermeiden.»

Für wichtig hält er es auch, das Interesse an der Gemeindepolitik früh zu wecken – auch in den Familien. «In der Schweiz haben viele das Gefühl, das Interesse komme dann von alleine. Dem ist nicht so.» Das sei ein Stück weit Knochenarbeit, die zu Hause beginnen müsse. «Es geht darum, den jungen Menschen zu zeigen, weshalb Gemeindepolitik interessant ist.»

Dieter Egli wirbt beim Gemeindeforum für ein neues Denken

Sich nicht immer nur im Operativen zu verlieren – dafür warb Regierungsrat Egli bei seinem Besuch in Rheinfelden.

Hans Christof Wagner

«Lassen Sie sich doch mal auf die Kür ein, es lohnt sich.» Mit diesen Worten warb Regierungsrat Dieter Egli beim Gemeindeforum des Planungsverbandes Fricktal Regio in Rheinfelden. Und mit «Kür» meinte der Vizepräsident des Departements Volkswirtschaft und Inneres, dass die Gemeinden neben dem Verwalten, also der Pflicht, auch das Gestalten, die Kür, nicht vernachlässigen sollten.

Anders formuliert: Pflicht ist das Operative, die Gegenwart, Kür das Strategische, die Vision, die Weichenstellung, die Zukunft. Klar, dass der auch für den Bereich Gemeinden zuständige Regierungsrat vor den Gemeinderäten, Gemeindeammännern, Gemeindepräsidentinnen und Verwaltungsmitarbeitenden den

Gemeinden ein Kränzchen wand. Egli unterstrich: «Mir liegen die Gemeinden am Herzen.»

Sie seien in der föderalen Schweiz das Fundament des Staates, böten Identität und Heimat und seien für die Einwohnerinnen und Einwohner meist die erste Anlaufstelle des Gemeinwesens.

Ressourcen reichen oft nur fürs Verwalten

Aber sich über das Verwalten hinaus aufs Gestalten stürzen – Egli weiss, dass dies in der Praxis schwierig sein kann. Reichten doch die Ressourcen in den Gemeinden oft nur fürs Verwalten aus. Egli erklärte: «Das in den Gemeinden vorherrschende Milizsystem begünstigt strategische Führung auch nicht unbedingt.»

Weitere Bremsen seien die geringe Entlohnung der Gemein-

derätinnen und Gemeinderäte. Zudem bringe die Konzentration aufs Strategische vergleichsweise wenig Prestige mit sich.

In den Augen des Soveräns könnten strategische Schriftstücke als vergleichsweise bedeutungs- und substanzlos betrachtet werden, gab Egli zu bedenken. Nicht zuletzt gebe es auch rechtlich keinen Druck, schreibt laut Egli das Gemeindegesetz doch nahezu nur die operative Führung einer Gemeinde als Aufgabe vor.

Bekennnis zur Gemeindeautonomie

Nun wird auf Gemeindeebene so manches argwöhnisch betrachtet, «was da aus Aarau kommt». Und so bemühte sich Egli auch zu unterstreichen, kein fixfertiges Geheimrezept mit ins Fricktal gebracht zu haben, auf dass es



Regierungsrat Dieter Egli (rechts) sprach beim Fricktaler Gemeindeforum. Christian Fricker überreichte ihm ein Präsent. Bild: hcv

jetzt dort umgesetzt werde. Schliesslich gelte es, die Gemeindeautonomie zu wahren. Helfen wolle der Kanton den Gemeinden, ihnen die Ausrichtung aufs Strategische leichter machen. Sein Referat solle lediglich Dis-

kussionsgrundlage sein. Und diskutiert wurde beim Fricktaler Gemeindeforum auch. Carole Binder-Meury, Vizeammann von Magden und SP-Grossrätin, sprach die herrschenden Unterschiede bei den Geldzahlungen

an ukrainische Geflüchtete im Aargau an. Hier sollte der Kanton für mehr Einheitlichkeit sorgen. Egli sagte es zu, sollte der Wunsch klar von den Gemeinden selbst ausgehen.

Ralf Dümpelmann, Vizeammann von Sisseln, fragte Egli, ob für ihn Gemeindefusionen auch der Strategie zuzuordnen seien. Egli sagte: «Auch wenn Gemeindefusionen oft wegen Geld- oder Personalmangel operativ begründet werden, sind sie für mich dennoch klar strategisch.»

Rheinfeldens Vizeammann Walter Jucker äusserte seine Sorge, dass im Aargau die duale Organisation der Polizei beendet werden könnte. Egli antwortete, dass die bestehende Struktur aus Kantonspolizei und Regionalpolizeien derzeit untersucht werde. Letztlich müsse aber der Grossrat darüber entscheiden.